

Fall 4: Computerbildschirme

Bei der sorgfältigen Durcharbeitung des folgenden Falles und seiner fünf Abwandlungen werden Sie ganz viel zum Thema „Abschluss von Verträgen“ lernen.

Sachverhalt

Ausgangsfall

Am 09.03. erhält der Einzelhändler König (K) eine E-Mail des Großhändlers Vogel (V) mit folgendem Inhalt: *„An alle meine Kunden. Einmaliges Sonderangebot aus einer Geschäftsübernahme. Computerbildschirme, Hersteller MacCom, 27 Zoll, Modell 27/5, Sonderpreis 99,- €! Bestellen Sie sofort, die Nachfrage ist riesig.“*

K antwortet drei Stunden später per E-Mail, in der es heißt: *„Eilt! Bitte um sofortige Lieferung von 30 Bildschirmen.“*

V lässt die Bildschirme unverzüglich verpacken und zum Transport geben. Ist damit bereits ein Kaufvertrag zustande gekommen? Was meinen Sie?

1. Abwandlung

K erhält auf sein Angebot laut Ausgangsfall über 30 Bildschirme eine sofortige „Auftragsbestätigung“ des V, in der es heißt:

„Wir bestätigen infolge Lieferengpässen verbindlich die Bestellung von 15 Bildschirmen“.

Bei der Anlieferung von 15 Bildschirmen verweigert K die Abnahme, während V auf der Abnahme und Bezahlung besteht. Hat V Recht? Auf das HGB ist nicht einzugehen.

2. Abwandlung

V unterbreitet K auf dessen Anfrage vom 08.03. am 09.03. per E-Mail ein verbindliches Angebot über die Lieferung von 30 Bildschirmen, Hersteller MacCom, 27 Zoll, Typ 27/5 zum „Aktionspreis von 99,- €“. K nimmt dieses Angebot am 16.03. per Brief, der am 17.03. bei V eintrifft, an. Ist die Annahme rechtzeitig erfolgt?

3. Abwandlung

K bestellt am 10.03. wie folgt:

„Bitte um sofortige schnelle Lieferung von 30 Bildschirmen, letzter Termin 24.03.“

Als V die Ware am 24.03. gegen 15.30 Uhr anliefern will, verweigert K die Abnahme mit der Begründung, er habe seit der Bestellung nichts mehr von V gehört. V meint, *„es sei alles im grünen Bereich“*. Hat V Recht?

4. Abwandlung

V unterbreitet K telefonisch ein verbindliches Angebot über 30 näher bezeichnete Computer zu einem Angebotspreis. K erwidert: „*Ich prüfe das und gebe übermorgen Bescheid.*“ V entgegnet: „*Geht in Ordnung.*“ Als K zwei Tage später die Bestellung aufgibt, erklärt V, „*er könne zu diesem Preis nicht mehr liefern, da sein Vorrat erschöpft sei.*“ K besteht auf der Lieferung zum „Angebotspreis“. V verweist auf § 147 Abs. 1 Satz 2 BGB. Wie ist die Rechtslage?

5. Abwandlung

Wie im **Ausgangsfall** mit der Änderung, dass die Bestellung des K bei V verloren geht. Kann K mit der Begründung, Schweigen unter Kaufleuten sei als Zustimmung zu werten, die Lieferung verlangen? Gehen Sie davon aus, dass V unter seiner Firma in das Handelsregister eingetragen ist.

Hinweis

Der Grundfall mit seinen fünf Abwandlungen soll dazu dienen, verschiedene Aspekte des Abschlusses von Verträgen zu üben.

Die Lösung ist nicht in allen Punkten vollständig ausformuliert, sondern soll unter Verzicht auf sprachliche Feinheiten die Abfolge und das Vorgehen verdeutlichen. Zu Übungszwecken könnte es sinnvoll sein, wenn Sie den Text in einen Fließtext mit ganzen Sätzen und Übergängen umwandeln.

Ausgangsfall

Am 09.03. erhält der Einzelhändler König (K) eine E-Mail des Großhändlers Vogel (V) mit folgendem Inhalt:

„An alle meine Kunden. Einmaliges Sonderangebot aus einer Geschäftsübernahme. Computerbildschirme, Hersteller MacCom, 27 Zoll, Modell 27/5, Sonderpreis 99,- €! Bestellen Sie sofort, die Nachfrage ist riesig.“

K antwortet drei Stunden später per E-Mail, in der es heißt:

„Eilt! Bitte um sofortige Lieferung von 30 Bildschirmen.“

V lässt die Bildschirme unverzüglich verpacken und zum Transport geben. Ist damit bereits ein Kaufvertrag zustande gekommen? Was meinen Sie?

Vorarbeit

Es ist sinnvoll, vorab eine kurze Übersicht (in Stichworten!) zu erstellen:

09.03 Einzelhändler K erhält E-Mail V: „An alle meine Kunden – einmaliges Sonderangebot über Computerbildschirme Modell 27/5, 99,- €, riesige Nachfrage, sofort bestellen“

Drei Std. später E-Mail K: „Eilt! Bitte um sofortige Lieferung von 30 Bildschirmen“

Sofort V lässt Ware verpacken und zum Transport geben

Bereits Kaufvertrag?

Lösung

Hinweis

Die folgende Lösung erfolgt nicht in vollständig ausformulierter Form, sondern soll lediglich den **Gedankengang** aufzeigen.

N Einleitung: Liegt bereits Kaufvertrag vor?¹

D Voraussetzung für Abschluss Kaufvertrag: Angebot und rechtzeitige Annahme.

N Angebot durch „Sonderangebot“ des V?

D Angebot muss umfassen: Parteien, Leistung, Gegenleistung, Rechtsbindungswillen.

S Zu klären ist, ob V bereits ein verbindliches Angebot abgeben wollte oder nur eine invitatio ad offerendum, mit der er seine Kunden veranlassen wollte, Angebote abzugeben. Frage im Wege der **Auslegung vom Empfängerhorizont gemäß §§ 133, 157 BGB** zu entscheiden. Wie durfte K als vernünftiger Empfänger das Verhalten des V verstehen? Da V die „Sonderangebote“ an „alle meine Kunden“ geschickt hat, musste K davon ausgehen, dass V nach einer eventuellen Bestellung noch prüfen wollte, ob sein Warenvorrat ausreicht (Liefermöglichkeit) oder ob andere Hindernisse der Lieferung entgegenstehen (Bonität des Kunden). Deshalb liegt im Fax noch kein Angebot, sondern nur eine **invitatio ad offerendum** (Aufforderung zur Abgabe eines Angebots).

N Angebot durch E-Mail des K?

(D)wie oben! Definition nicht wiederholen, sondern sofort subsumieren!

S Parteien: V = Verkäufer, K = Käufer.

Leistung: in E-Mail nur „30 Bildschirme“, ohne Angabe des Typs, aber unmittelbarer inhaltlicher und zeitlicher Zusammenhang (drei Stunden später) mit dem „Sonderangebot“ des V, aus dem im Wege der Auslegung nach §§ 133, 157 BGB die restlichen Angaben zu entnehmen sind.

Gegenleistung = Preis: ebenfalls aus dem „Sonderangebot“ zu entnehmen.

Rechtsbindungswille: K will verbindlich bestellen, zwar „Bitte“ um Lieferung, aber aus Sicht des V Bestellung nach Auslegung §§ 133, 157 BGB vom Empfängerhorizont.

Damit liegt Angebot K vor.

¹ In einer Klausur sind direkte Fragen zu vermeiden!

- N** Wirksamwerden des Angebots nach § 130 Abs. 1 BGB mit Zugang.
- D** E-Mail = Willenserklärung unter Abwesenden; nach § 312i Abs. 1 S. 2 BGB gelten E-Mails als zugegangen, wenn die Parteien, für die sie bestimmt sind, sie unter gewöhnlichen Umständen abrufen können².
- S** Hier Angebot unter Abwesenden; jedoch ist der **Zugang** eindeutig erfolgt, da V die Bestellung verarbeitet hat. Damit liegt ein wirksames Angebot des K vor.

Hinweis

Es hätte auch der Satz gereicht: *„Dieses Angebot ist V nach dem Sachverhalt zugegangen (§§ 130 Abs. 1 S. 1 i. V. m. 312i Abs. 1 S. 2 BGB), da er die Bestellung bearbeitet hat.“*

- N** Rechtzeitige Annahme dieses Angebots durch V.
- D** Einfaches „Ja“ innerhalb der Annahmefrist; ausdrücklich oder konkludent, wenn Annahmewille aus dem Verhalten eindeutig zum Ausdruck kommt.
- S** Ausdrückliche Annahmeerklärung nicht gegeben; in der Bearbeitung der Bestellung und in der Aufgabe der Ware zum Transport liegt aber eine **konkludente Annahme**, weil der Annahmewille aus dem Verhalten eindeutig zum Ausdruck kommt. Da die Bestellung „sofort“ bearbeitet wurde, lag die Annahme unproblematisch auch innerhalb der Annahmefrist des hier mangels Fristsetzung (§ 148 BGB) anzuwendenden § 147 Abs. 2 BGB.
- N** Zugang der Annahmeerklärung bei K? Annahme des V war unter Abwesenden, wird erst wirksam mit Zugang (§ 130 Abs. 1 S. 1 BGB).
- S** Zugang noch nicht erfolgt, da Ware noch nicht bei K angekommen ist.
- Zwischenergebnis:** Wegen des fehlenden Zugangs der Annahmeerklärung liegt noch kein Vertrag vor.
- N** Zugang der Annahmeerklärung nach § 151 BGB entbehrlich?
- D** § 151 BGB verzichtet nicht auf die Annahme, sondern nur auf den **Zugang** der Annahmeerklärung; **§ 151 BGB ist also eine Ausnahme zu § 130 Abs. 1 S. 1 BGB.**
- Verzicht auf die Erklärung der Annahme gegenüber dem Antragenden, falls die Erklärung
- nach Verkehrssitte nicht zu erwarten ist oder
 - der Antragende auf den Zugang der Erklärung verzichtet hat.
- S** *Lösungsvorschlag:* Hier Verzicht des V, da er mit „*Eilt! Sofortige Lieferung*“ bestellt hat; daraus ist im Wege der Auslegung (§§ 133, 157 BGB) zu entnehmen, dass V keinen Wert auf eine vorherige Bestätigung (Annahmeerklärung) legte,

² Das muss hier nicht näher untersucht werden, weil der Zugang eindeutig erfolgt ist.

also darauf verzichtete. Die konkludente Annahme des V ist deshalb nach § 151 BGB sofort wirksam geworden.

Schluss: Damit liegen Angebot und Annahme vor, sodass der Kaufvertrag bereits zustande gekommen ist.

1. Abwandlung

K erhält auf sein Angebot laut Ausgangsfall über 30 Bildschirme eine sofortige „Auftragsbestätigung“ des V, in der es heißt:

„Wir bestätigen infolge Lieferengpässen verbindlich die Bestellung von 15 Bildschirmen“.

Bei der Anlieferung von 15 Bildschirmen verweigert K die Abnahme, während V auf der Abnahme und Bezahlung besteht. Hat V Recht? Hinweis: Auf das HGB ist nicht einzugehen!

Einleitung: V besteht gemäß § 433 Abs. 2 BGB zu Recht auf der Abnahme und Bezahlung der 15 Bildschirme, wenn ein entsprechender Kaufvertrag zustande gekommen ist.

Angebot des K liegt laut Aufgabenstellung vor. Bestellung laut Ausgangsfall: 30 Stück.

Hinweis

Es ist ohne NDS-Prüfung festzustellen, dass ein Angebot des K vorliegt, weil der Sachverhalt dies eindeutig vorgibt.

N Rechtzeitige Annahme des V durch die „Auftragsbestätigung“.

D Einfaches „Ja“ innerhalb der Frist.

S Zwar grundsätzliches Einverständnis in der Auftragsbestätigung, aber Einschränkung des Angebots, da statt 30 nur Lieferung von 15 Bildschirmen bestätigt werden, damit ist das Angebot nicht angenommen; nach **§ 150 Abs. 2 BGB** liegt eine **geänderte Annahme** vor, die als Ablehnung verbunden mit einem neuen Angebot gilt.

N Annahme dieses neuen Angebots durch K erforderlich.

(D) Annahme nicht noch einmal definieren, sondern sofort subsumieren.

S Annahme nicht erfolgt, da K die Annahme der 15 Bildschirme verweigert; darin liegt Ablehnung des Angebots.

Schluss: Kein Kaufvertrag über 15 Bildschirme zustande gekommen, V steht deshalb gegen K kein Anspruch aus § 433 Abs. 2 BGB auf Abnahme und Bezahlung zu. V hat damit nicht Recht.

Praxistipp

V und K haben sich kaufmännisch unvernünftig verhalten. V hätte sich erkundigen können, ob 15 Bildschirme ausreichen, K hätte mitteilen können, dass er an 15 Bildschirmen kein Interesse hat. So sind unnötige Transportkosten entstanden, außerdem dürfte die Geschäftsbeziehung zumindest einen „kleinen“ Dämpfer erhalten haben.

2. Abwandlung

V unterbreitet K auf dessen Anfrage vom 08.03. am 09.03. per E-Mail ein verbindliches Angebot über die Lieferung von 30 Bildschirmen, Hersteller MacCom, 27 Zoll, Typ 27/5 zum „Aktionspreis von 99,– €“. K nimmt dieses Angebot am 16.03. per Brief, der am 17.03. bei V eintrifft, an. Ist die Annahme rechtzeitig erfolgt?

Einleitung: Es ist (nur!) zu prüfen, ob die Annahme *rechtzeitig* erfolgt ist.

D Rechtzeitig, falls innerhalb der Annahmefrist: Keine Annahmefrist gesetzt, also kein Fall des § 148 BGB.

Problem, ob Antrag unter Abwesenden oder Anwesenden? E-Mail fällt nicht unter § 147 Abs. 1 S. 2 BGB, da es an einer *unmittelbaren persönlichen* Kommunikation fehlt. Damit § 147 Abs. 2 BGB. Annahmefrist = Transport des Angebots + Überlegungs- und Bearbeitungszeit + Rücktransport der Annahmeerklärung (**TÜR-Formel**). Falls ein schnelles Transportmittel für das Angebot genutzt wird, wird für die Berechnung der Annahmefrist ebenfalls von der Nutzung eines schnellen Transportmittels für die Übermittlung der Annahmeerklärung ausgegangen; bei Nutzung eines langsamen Transportmittels für die Annahmeerklärung kann aber eine Verrechnung mit Überlegungs- und Bearbeitungszeit erfolgen.

S Anfrage K 08.03.; Angebot V 09.03. per E-Mail, Transport des Angebots: wenige Sekunden; mit Kenntnisnahme zu rechnen bei Unternehmern, die E-Mail geschäftlich nutzen, während der Geschäftszeit in ein bis drei Stunden, damit Zugang (§§ 130 Abs. 1 S. 1 i. V. m. § 312i Abs. 1 S. 2 BGB) und zugleich Beginn der Überlegungs- und Bearbeitungszeit.

Dauer der **Überlegungs- und Bearbeitungszeit** hängt vom Umfang des Geschäftes ab,

- hier 30 Bildschirme zum Stückpreis von 99,– € = 2.970,– €,
- K hatte nach Angebot gefragt, musste also mit Angebot rechnen,
- „Aktionspreis“.

Überlegungs- und Bearbeitungszeit wohl nur ein bis zwei Tage, auf jeden Fall weniger als sieben Tage, die nach dem Sachverhalt angefallen sind.

Rücktransport: für Berechnung der Annahmefrist schnelles Mittel anzusetzen (= E-Mail, Fax, Telefon): wenige Sekunden, Kenntnisnahme bei K innerhalb ein bis drei Stunden.

Berechnung nach der „TÜR-Formel“: **T** (ein bis drei Stunden) + **Ü** (ein bis zwei Tage) + **R** (ein bis drei Stunden) = zwei bis drei Tage.

Schluss: Die Annahmeerklärung ging erst nach acht Tagen zu, also deutlich außerhalb der nach § 147 Abs. 2 BGB zu bestimmenden Annahmefrist zu und ist damit nicht rechtzeitig erfolgt.

3. Abwandlung

K bestellt am 10.03. wie folgt:

„Bitte um sofortige schnelle Lieferung von 30 Bildschirmen, letzter Termin 17.03.“

Als V die Ware am 17.03. gegen 15.30 Uhr anliefern will, verweigert K die Abnahme mit der Begründung, er habe seit der Bestellung nichts mehr von V gehört. V meint, *„es sei alles im grünen Bereich“*. Hat V Recht?

Einleitung: V hat Recht, wenn seine Annahme *rechtzeitig* erfolgt ist.

- D** Hier Angebot unter Abwesenden, also § 148 BGB, falls Annahmefrist durch K gesetzt wurde, sonst § 147 Abs. 2 BGB.
- S** Bestellung K: „Sofortige schnelle Lieferung, letzter Termin 17.03.“ *Problem:* Hat K mit dieser Erklärung eine **Annahmefrist** oder eine **Lieferfrist** gesetzt? Dies ist durch Auslegung vom Empfängerhorizont (§§ 133, 157 BGB) zu ermitteln.
- D** Wie durfte und musste V als vernünftiger Empfänger die Erklärung des K verstehen?
- S** *Lösungsvorschlag:* Wohl eine Lieferfrist, nicht Bestimmung einer Annahmefrist im Sinne des § 148 BGB, weil K um „sofortige schnelle Lieferung“ gebeten hatte und den 17.03. als letzten Termin im Sinne eines Liefertermins genannt hatte. *(Eine andere Lösung ist vertretbar, muss aber begründet werden!)*

Nach dieser Lösung: Annahmefrist nach § 147 Abs. 2 BGB zu bestimmen, hier abgelaufen (vgl. Lösung zur 2. Abwandlung).

Entbehrlichkeit der Erklärung der Annahme nach § 151 BGB? Kein Hinweis darauf, dass die Erklärung der Annahme nach der Verkehrssitte nicht üblich ist, aber K könnte auf Erklärung der Annahme verzichtet haben. Dann müsste während der Annahmefrist jedenfalls eine konkludente Annahme des V erfolgt sein, was aus dem Sachverhalt aber nicht hervorgeht. Die in der Lieferung liegende verspätete Annahme gilt nach § 150 Abs. 1 BGB als neuer Antrag, den K aber nicht angenommen hat.

Ergebnis: V hat nicht Recht, weil keine rechtzeitige Annahme erfolgt ist.

4. Abwandlung

V unterbreitet K telefonisch ein verbindliches Angebot über 30 näher bezeichnete Computer zu einem Angebotspreis. K erwidert: „*Ich prüfe das und gebe übermorgen Bescheid.*“ V entgegnet: „*Geht in Ordnung.*“ Als K zwei Tage später die Bestellung aufgibt, erklärt V, „*er könne zu diesem Preis nicht mehr liefern, da sein Vorrat erschöpft sei.*“ K besteht auf der Lieferung zum „Angebotspreis“. V verweist auf § 147 Abs. 1 Satz 2 BGB. Wie ist die Rechtslage?

Vorüberlegung

Da nach der **Rechtslage** gefragt ist, muss vorab ermittelt werden, was zu untersuchen ist. Der Streit der Parteien geht darum, ob K die Lieferung zum „Angebotspreis“ verlangen kann, ob er also einen entsprechenden **Anspruch** hat. Deshalb ist diese Prüfung mit einer **Anspruchsgrundlage** zu beginnen. Innerhalb der Prüfung ist dann auf den Einwand des V einzugehen.

Also: *Wer will was von wem woraus?*

Einleitung: K könnte einen Anspruch auf die Lieferung von 30 Computern zum Angebotspreis gegen V aus § 433 Abs. 1 S. 1 BGB haben.

N Dann müsste zwischen K und V ein Kaufvertrag mit diesem Inhalt bestehen.

D Ein Kaufvertrag kommt durch die rechtzeitige Annahme eines Angebots zustande.

S V hat laut Sachverhalt telefonisch ein verbindliches Angebot abgegeben³.

N Fraglich ist, ob eine **rechtzeitige Annahme** durch K erfolgt ist. Die Annahmefrist könnte sich nach § 147 Abs. 1 BGB oder § 148 BGB richten. Wenn V eine **Annahmefrist** nach § 148 BGB gesetzt hat, würde § 148 BGB als spezielle Norm § 147 Abs. 1 BGB verdrängen.

S Ausdrücklich hat V keine Annahmefrist gesetzt, aber auf die Erklärung des K „*Ich prüfe das und gebe übermorgen Bescheid*“ mit „*Geht in Ordnung*“ geantwortet. Es ist im Wege der Auslegung (§§ 133, 157 BGB) zu ermitteln, ob K als vernünftiger Empfänger der Erklärung diese Äußerung des V so verstehen durfte, dass dieser eine Annahmefrist gesetzt hat.

Lösungsvorschlag

Dagegen spricht, dass der Begriff „Annahmefrist“ nicht genannt wurde; dafür spricht, dass K sich darauf verlassen hat und auch verlassen durfte, zwei Tage „Bedenkzeit“

³ Die Voraussetzungen eines Angebots sind hier nicht näher zu prüfen, da nach dem Sachverhalt ein Angebot vorliegt.

zu haben, sodass V bis zum Ende der Frist an sein Angebot gebunden war. Die Annahme des K innerhalb dieser Frist war rechtzeitig.

Ergebnis: Durch die rechtzeitige Annahme ist ein Kaufvertrag zustande gekommen, sodass K von V nach § 433 Abs. 1 S. 1 BGB die Lieferung von 30 Computern zum Angebotspreis verlangen kann.

5. Abwandlung

Wie im **Ausgangsfall** mit der Änderung, dass die Bestellung des K bei V verloren geht. Berücksichtigen Sie jetzt auch das HGB! Kann K mit der Begründung, Schweigen unter Kaufleuten sei als Zustimmung zu werten, die Lieferung verlangen? Gehen Sie davon aus, dass V unter seiner Firma in das Handelsregister eingetragen ist.

Skizze

- invitatio ad offerendum des V („An alle meine Kunden. Einmaliges Sonderangebot ...“)
- Bestellung des K („Eilt! Bitte um sofortige Lieferung ...“) = Angebot
- Schweigen des V → Schweigen als Annahme?

Einleitung: K kann die Lieferung der 30 Bildschirme von V gemäß § 433 Abs. 1 S. 1 BGB verlangen, wenn zwischen ihm und V durch Angebot und Annahme ein entsprechender Kaufvertrag zustande gekommen ist.

S Ein Angebot des K liegt nach dem Sachverhalt mit der Bestellung des K vor.

N Dieses Angebot müsste V rechtzeitig angenommen haben.

S Es liegt weder eine *ausdrückliche* noch eine *konkludente* Annahme des V vor.

N Das *Schweigen* des V könnte nach § 362 Abs. 1 HGB als Annahme des Angebots zu werten sein.

D Erste Voraussetzung des § 362 Abs. 1 HGB: Derjenige, der das Angebot erhalten hat (hier V), muss Kaufmann sein; das richtet sich nach §§ 1 ff. HGB; nach § 1 Abs. 1 HGB ist derjenige Kaufmann, der ein Handelsgewerbe betreibt. Nach § 1 Abs. 2 HGB ist jeder Gewerbebetrieb ein Handelsgewerbe, es sei denn, dass das Unternehmen nach Art oder Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nicht erfordert. Betreiber ist derjenige, den die Folgen der Tätigkeit unmittelbar treffen.

S V betreibt als Großhändler einen Gewerbebetrieb und ist unter seiner Firma im **Handelsregister** eingetragen. Er ist deshalb nach § 1 Abs. 1 HGB aufgrund der

Tätigkeit oder nach § 2 HGB i. V. m. § 1 HGB aufgrund der Handelsregistereintragung Kaufmann im Sinne des HGB.

N **Zweite** Voraussetzung § 362 HGB Abs. 1 HGB: Der Gewerbebetrieb des V muss die **Besorgung von Geschäften für andere** mit sich bringen.

D Das ist der Fall, wenn jemand Geschäfte für einen anderen ausführt, die der andere eigentlich selbst ausführen müsste⁴. Nicht unter § 362 Abs. 1 HGB fallen demgegenüber die Geschäfte eines **Warenkaufmanns**, da dieser keine Geschäfte **für andere** tätigt, sondern nur **eigene Geschäfte** (für sich) ausführt.

S V kauft und verkauft Ware im *eigenen* Namen und für *eigene* Rechnung. V ist Warenkaufmann, deshalb liegt die zweite Voraussetzung des § 362 Abs. 1 HGB nicht vor.

Zwischenergebnis: Das Schweigen des V gilt nicht nach § 362 Abs. 1 HGB als Annahme; also ist bisher kein Kaufvertrag geschlossen.

N Schweigen des V als Zustimmung nach den Grundsätzen des **kaufmännischen Bestätigungsschreibens**?

D Ein kaufmännisches Bestätigungsschreiben setzt voraus, dass das Ergebnis mündlicher Verhandlungen von einem der Beteiligten schriftlich zusammengefasst wird⁵.

S Die Bestellung des K erfüllt bereits diese Voraussetzung nicht, da der Vertrag erst durch die Bestellung zustande kommen soll.

Ergebnis: K kann die Lieferung nicht verlangen, weil das Schweigen (Nicht-reagieren) des V auf das Angebot des K weder nach § 362 Abs. 1 HGB noch nach den Grundsätzen des kaufmännischen Bestätigungsschreibens als Annahme zu werten ist. Damit ist mangels Annahme kein Kaufvertrag geschlossen worden. Es besteht deshalb kein Anspruch des K gegen V aus § 433 Abs. 1 S. 1 BGB auf Lieferung der Bildschirme.

⁴ Vgl. zu Einzelheiten S. 38 f. im Lehrbuch.

⁵ Zu den weiteren Voraussetzungen vgl. S. 40 f. im Lehrbuch.